

Dringlichkeitsantrag

an die 1. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
am 19. März 2021

Antragsteller:innen:

DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Eva von Angern (Delegierte), Thomas Lippmann (Delegierter), Mario Blasche (Delegierter), Janina Böttger (Delegierte) Roland Claus (Delegierter), Stefan Gebhardt (Delegierter), Monika Hohmann (Delegierte), Karsten Lippmann (Delegierter), Gudrun Tiedge (Delegierte)

Besser geht anders! Taten statt Versprechen!

Die Corona-Pandemie hat unser Land schockartig bis ins Mark getroffen. Wir sehen uns seit über einem Jahr mit einer Landesregierung konfrontiert, die mit dem Krisenmanagement sichtbar überfordert ist. Sie führt Diskussionen über Öffnungsstrategien, ohne sich vernünftig um die wichtigsten Voraussetzungen Impfen und Testen zu kümmern. Sie erkennt nicht die globale Dimension der Pandemie und bleibt deshalb in der Debatte um die notwendige Freigabe der Patente und Lizenzen stumm. Hilfgelder werden auf Bundes- und Landesebene verwehrt oder schleppend ausgezahlt, auch deshalb, weil die Kenia-Koalition nicht bereit ist, für die Gegenfinanzierung die Vermögensbesteuerung insbesondere der Krisengewinnler auf die Tagesordnung zu setzen.

Besonders schlimm sind die Auswirkungen in den Bereichen des Gesundheitssystems, der Schule, Kultur und Sport und in einem großen Teil des Dienstleistungsbereichs. Eine neue Regierung muss andere, bessere Entscheidungen treffen. Aber es geht auch darum, das einfache Leben jetzt und sofort zu bewältigen. Dafür schlägt DIE LINKE folgende sofortige Schritte und Maßnahmen vor:

1. Gesundheit braucht Taten:

Ein **öffentlicher Klinikverbund** aller Krankenhäuser in Verantwortung der Kommunen oder mit Landesbeteiligung sichert die poliklinische Versorgung der Bevölkerung. Es wird **keine Schließungen** von Standorten oder von Abteilungen der medizinischen Grundversorgung geben. Krankenhäuser privater oder freigemeinnütziger Träger, die ihrem Versorgungsauftrag der Bevölkerung nicht ausreichend nachkommen, sind unverzüglich in den Verbund einzugliedern.

Der Investitionsstau in den Krankenhäusern wird aufgelöst. Dazu wird ein **Krankenhausinvestitionsfonds** aufgelegt, aus dem ab dem Haushaltsjahr 2022 für mindestens 10 Jahre jährlich mindestens 150 – 200 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Die **Digitalisierung** in Medizin und Pflege wird an den besten internationalen Standards ausgerichtet. Die Mittel dafür sind zur Verfügung zu stellen.

Die **Ausbildungskapazitäten** des Landes für Berufe im Gesundheitswesen sind schrittweise zu erweitern.

Die **Arbeitsbedingungen** und die **Entlohnung** im Gesundheitswesen und in der Pflege werden unverzüglich verbessert.

2. Kitas brauchen Taten:

In Kindertagesstätten und Einrichtungen der Jugendhilfe **hat Vorrang, dass auch bei länger anhaltendem Infektionsgeschehen unter Wahrung des Gesundheitsschutzes für die Kinder und Jugendlichen und für die Beschäftigte die Betreuung gesichert bleibt.** Dafür werden entsprechende Hygienestandards und regelmäßige Schnelltests eingeführt und die Beschäftigten konsequent geimpft. Die Personalausstattung wird entsprechend erhöht, die Gruppengröße verringert.

Bei Einschränkungen der Betreuungsleistungen von Kitas werden die entsprechenden Elternbeiträge vom Land übernommen.

Einrichtungen der Jugendhilfe werden **unverzüglich ausreichend und kostenlos mit Schnelltests und medizinischen Masken** versorgt.

3. Schule braucht Taten:

Mehr pädagogisches Personal, mehr Ganztagsangebote und Schulsozialarbeit, mehr Unterstützung für Inklusion und Lernhilfen, mehr Lernen für den Kopf statt Prüfen fürs Papier und mehr Digitalisierung – **das ist unser Weg, um mit den Schulen schneller und besser aus der Corona-Krise zu kommen.**

Die zentrale Herausforderung besteht darin, die **Lernrückstände** aufzuarbeiten, die bei den Schüler*innen in ganz unterschiedlicher Weise entstehen. Vorrang hat, den **Präsenzunterricht** unter Wahrung des Gesundheitsschutzes für Schüler*innen und Beschäftigte der Schulen zu sichern. **Dafür sind schnelle Impfungen der Beschäftigten und regelmäßige Schnelltest unabdingbar.**

Das Land gewinnt für Sachsen-Anhalts Schulen kurzfristig **zusätzliche Fachkräfte.** Neben neuen Lehrkräften zählen dazu insbesondere Schulsozialarbeiter*innen, Lernbegleiter*innen und Sprachlehrkräfte.

Für die Erweiterung von Ganztagsangeboten und Lernhilfen wird allen Schulen ein **Personal-kostenfonds** zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Mit Studierenden und Kunstschaffenden, Kooperationen mit Sportverbänden und Kinder- und Jugendverbänden bis hin zu Lehrkräften im Ruhestand kann so auf Honorarbasis das Angebot massiv ausgeweitet werden.

Die Digitalisierung der Schulen und Unterrichtsangebote wird durch einen **Digitalisierungsrat** aus Vertretern der beteiligten Ministerien (Finanzen, Wirtschaft und Bildung), der kommunalen Spitzenverbände, der Wirtschaft, der Interessenvertreter der Schulen und regionaler Netzwerke koordiniert. Bis zum Sommer 2021 müssen alle Schüler*innen zu Hause über internetfähige Endgeräte und einen Internetzugang verfügen können.

Fehler sind umgehend zu beseitigen: alle Maßnahmen werden auf den tatsächlichen Lernfortschritt ausgerichtet, „Bulimie-Lernen“ und „Testeritis“ sind zu beenden. Mit Ausnahme der Abschlussjahrgänge wird **bis auf Weiteres auf die vorgeschriebenen Klassenarbeiten, auf bundesweite Vergleichsarbeiten und auf die klassischen Notenzeugnisse verzichtet.**

4. Kultur braucht Taten:

Dass Kulturarbeit häufig unter prekären Bedingungen stattfindet, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil an Projektförderung die Regel sind, ist zu beenden. Es ist die Möglichkeit für Rücklagen in „guten“ Zeiten zu schaffen. **Kulturförderung wird entsprechend neu gedacht und ausgerichtet.** Zudem wird sie nachhaltiger, unbürokratischer, autonomer und weniger projektorientiert gestaltet.

Der **Kulturetat für die Freie Szene** wird verdoppelt. **Langfristige Stipendienprogramme** werden kurzzeitige Projektförderung ersetzen. Das **Zuwendungsrecht wird flexibilisiert** und der **Ankauf-Etat für Kunst** zur Förderung zeitgenössischer Künstler*innen deutlich erhöht.

Erstattungsprogramme und Ausfallbürgschaften werden künftig **die Risiken von Proben und Veranstaltungsvorbereitungen reduzieren.**

Gemeinsam mit den Kunst- und Kulturschaffenden werden **verbindliche Öffnungsstrategien** für die einzelnen Sparten ausgearbeitet. Ziel ist die Durchführung von Kulturveranstaltungen **zu einem frühen Zeitpunkt.**

Sobald alle ein Impfangebot hatten, ist Menschen **mit vollständigem Impfschutz ein uneingeschränkter Zutritt** zu gewähren, ohne Anrechnung auf eine maximale Zahl von Teilnehmer*innen.

5. Sport braucht Taten:

Die ehrenamtlichen Strukturen und die Gewinnung von Mitgliedern und Übungsleitern im Vereinssport werden nachhaltig gestärkt. Die Finanzierung von Mitgliederwerbekampagnen, die Sicherung des Trainer- und Übungsleiternachwuchses und Kosten für den Betrieb von Sportstätten der Sportvereine ist zu sichern. Dazu wird das Land ein **Sonderprogramm zur Stärkung des Vereinssports finanzieren.**

Unser Ziel ist, **Sport im Freien spätestens ab dem Frühjahrsbeginn** zu ermöglichen.

Die Vereine sind durch die **kostenlose Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Schnelltests** in die Lage zu versetzen, Sport auch in Sportstätten **zu einem frühen Zeitpunkt** wieder anzubieten. **Sobald alle ein Impfangebot hatten, ist** Menschen **mit vollständigem Impfschutz ein uneingeschränkter Zutritt** zu gewähren, ohne Anrechnung auf eine maximale Zahl von Teilnehmer*innen.

6. Wirtschaft braucht Taten:

Wirtschaftsförderung bedeutet: schnelle und ausreichende Hilfe in der Krise, mehr Investitionen, mehr Unterstützung für Klimaschutz und Innovationen, bessere Nutzung der Digitalisierung, besser bezahlte Arbeitsplätze, mehr Regionales für das Gemeinwohl. Das Land sichert ausreichende und schnelle Hilfen für Unternehmen, für die derzeit keine Öffnung möglich ist oder die stark eingeschränkt sind. Dazu dienen folgende Maßnahmen:

- 1200 € Grundeinkommen für Soloselbständige und Kleinstunternehmen
- Kurzarbeitergeld mindestens 1200 €
- Neustarthilfe für Soloselbständige von 75% des Vorjahresumsatzes
- Berechnung der Hilfen am Umsatzverlust, nicht an den Betriebskosten
- Kündigungsmoratorium bei coronabedingten Mietschulden
- Mietenschnitt von bis zu 30 Prozent bei Gewerbetreibenden
- Ausweitung von öffentlichen Überbrückungs- und Umschuldungskrediten
- Kontaktnachverfolgung und den Nachweis negativer Testung verbindlich regeln, um sicheres Einlassen in Geschäfte, Restaurants, Kulturbetriebe etc. möglich zu machen.

Unser Land braucht Politik, die handelt und nicht nur verspricht. Jetzt!